

Ob an der belarussisch-lettischen Grenze oder im spanischen Ceuta: Die Migrationskrise erhitzt erneut die politische Debatte an den Rändern der Europäischen Union. Doch wie blickt die andere Seite auf das Geschehen? Ein im deutschsprachigen Raum seltenes Interview mit dem belarussischen Vize-Außenminister Igor Sekreta liefert eine Innenansicht, die im Westen systematisch ausgeblendet wird. Der Spitzendiplomat kontert den Vorwurf einer „hybriden Aggression“, kritisiert die verfehlte westliche Interventionspolitik im Nahen Osten und fragt provokant: Warum sollte Belarus die EU-Außengrenzen schützen, während es selbst unter härtesten Sanktionen leidet? Ein erhellender, ungeschönter Blick auf die Wurzeln der Krise, die Folgen der Sanktionspolitik und eine dringende Mahnung vor einer unkontrollierten militärischen Eskalation in Europa. Mit **Igor Sekreta** sprach und das Gespräch aus dem Russischen übersetzte **Éva Péli**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/260818_Hier_spricht_Minsk_Wir_sind_keine_wilden_Barbaren_NDS.mp3

Podcast: [Play in new window](#) | [Download](#)

Éva Péli: Herr Sekreta, die Krise mit Migranten aus Ländern Asiens, Afrikas und des Nahen Ostens bleibt eines der brisantesten Themen in den Beziehungen zwischen Minsk und Brüssel. Die EU beschuldigt Belarus, die illegale Migration zu einem Instrument des politischen Drucks gemacht zu haben. Was erwidern Sie auf diese Vorwürfe?

Igor Sekreta: Bevor wir über Vorwürfe sprechen, lassen Sie uns die Ursachen betrachten. Europa hat diesen Magneten selbst geschaffen. Jeder weiß genau, dass es in Deutschland ein sehr großzügiges System sozialer Garantien gibt. Ich halte das im Grunde sogar für unfair gegenüber den Deutschen selbst. Aber das ist Ihre Wahl.

Meiner Ansicht nach ist es falsch, einen Menschen, der in eine schwierige Lage geraten ist, dauerhaft auf Kosten der Steuern der eigenen Bürger sozial abzusichern. Aber das ist nur meine Meinung, das müssen Sie entscheiden. Sie wählen selbst die Politik, die Sie brauchen, und dafür stimmen die Wähler dann ab. Soweit ich der deutschen Presse entnehme, spricht sich eine wachsende Zahl von Bürgern in Deutschland gegen diesen Kurs aus. Sie sagen offen: „Wir wollen den Aufenthalt derer auf unserem Territorium nicht bezahlen, die nicht arbeiten wollen.“ Und ich stimme ihnen vollkommen zu.

Aber warum glauben Sie, dass das belarussische Integrationsmodell in der europäischen Realität besser funktionieren würde?

Wir in Belarus haben einen völlig anderen Ansatz: Wenn du die gleichen Rechte wie alle Belarussen haben willst, musst du wie ein Belarusse arbeiten. Du musst einer von uns werden: die Sprache lernen, die Gesetze einhalten, ein gesetzestreuer Mensch sein, Geld verdienen und Steuern zahlen. Dann wird man dich auch wie einen von uns behandeln. Alles klar, die Frage ist vom Tisch. Genau deshalb ziehen wir keinen riesigen Migrantstrom an – sie wissen, dass man bei uns arbeiten muss. In Deutschland, Schweden oder anderen skandinavischen Ländern hingegen wurden Bedingungen geschaffen, die diesen Zustrom buchstäblich stimulieren.

„Wenn du die gleichen Rechte wie alle Belarussen haben willst, musst du wie ein Belarusse arbeiten. Du musst einer von uns werden: die Sprache lernen, die Gesetze einhalten, ein gesetzestreuer Mensch sein.“

In der EU wird jedoch argumentiert, dass Tausende von Menschen nicht zufällig an der Grenze gestrandet sind, sondern infolge gezielter logistischer Unterstützung durch Minsk. Wie kommen diese Menschen nach Belarus?

Wenn diese Menschen nach Belarus kommen, haben wir keinerlei Fragen an sie. Sie kommen absolut legal an – in der Regel aus Russland mit russischen Visa. Sie haben Pässe, Tickets, viele schließen Studienverträge ab. Für uns sind sie keine Illegalen, sondern legale Touristen. Sie lassen hier Geld, kaufen Produkte, wohnen in unseren Hotels und unterscheiden sich praktisch in nichts von gewöhnlichen Reisenden. Aber irgendwann beschließen sie, die Grenze zur Europäischen Union zu überqueren.

Und wie macht man das legal? Polnische und litauische Grenzschutzbeamte lassen sie über offizielle Grenzübergänge nicht hinein und gewähren ihnen kein Recht, Asyl zu beantragen. Am Ende nutzen die Menschen die grüne Grenze und überqueren sie dort, wo es keine Grenzpatrouillen gibt. Und dabei werden sie aktiv von genau denselben Litauern und Polen unterstützt, die damit hervorragend verdienen. Sie transportieren die Migranten in ihren Autos weiter nach Deutschland, wo es innerhalb des Schengen-Raums keine Grenzen mehr gibt. Übrigens werden bei Menschenschmuggel am häufigsten Bürger Litauens und Polens erwischt.

Unabhängige humanitäre Organisationen wie die polnische Grupa Granica

dokumentieren Menschenrechtsverletzungen und Misshandlungen von Migranten auf beiden Seiten der Grenze - sowohl durch polnische Grenzschrützer als auch durch belarussische Sicherheitsstrukturen. Warum schiebt Minsk die gesamte Verantwortung nur auf Warschau und Vilnius, wenn Menschenrechtsaktivisten von Gewalt und davon sprechen, dass Menschen auf beiden Seiten in den Wäldern festgehalten werden?

Der belarussischen Seite liegen keine bestätigten Daten über Misshandlungen von Migranten auf belarussischem Gebiet vor. Im Gegenteil, ich könnte zahlreiche Beispiele nennen, in denen unsere Grenzschrützer und Mediziner ausländischen Staatsbürgern faktisch das Leben gerettet haben - Menschen, die auf der anderen Seite der Grenze gnadenlos zusammengeschlagen und zum Sterben bei uns abgeladen wurden. Ich bin mir nicht sicher, ob polnische humanitäre Organisationen solche Fälle dokumentieren.

Diejenigen, die überleben, berichten von ähnlichen Verhaltensmustern uniformierter Personen auf dem Territorium der an Belarus angrenzenden Länder: Flüchtlinge werden festgenommen, Geld und persönliche Gegenstände werden ihnen weggenommen, Mobiltelefone zertrümmert und Dokumente vernichtet. Anschließend werden die Menschen in Kleinbusse gepfercht, wo sie mit Schlagstöcken und Elektroschockern geschlagen und manchmal mit Waffen bedroht werden. Danach werden die zugerichteten Menschen unter Todesdrohungen durch ein Tiergatter nach Belarus gedrängt.

Der Westen wertet die Vorgänge an der Grenze hart als „hybriden Angriff“. Wer trägt Ihrer Meinung nach die Hauptverantwortung für diese Krise?

Welche hybride Bedrohung? Wir haben keinen Krieg im Irak oder in Afghanistan angefangen, unsere Soldaten waren nicht dort. Aber Ihre waren es. Deutsche, polnische und andere europäische Armeen waren in Afghanistan präsent, unterstützten die USA im Irak und in Syrien. Die Menschen fliehen nun von dort zu Ihnen auf der Suche nach einem besseren Leben und finden schließlich ihren Tod an der Grenze zwischen Polen, Litauen und Belarus.

Um das Problem der illegalen Migration real zu lösen, muss man erstens die Kriege beenden und normale Lebensbedingungen in den Ländern schaffen, aus denen die Menschen fliehen. Wenn Deutschland, Europa im Allgemeinen und die USA keine Migranten mögen, dann ist das Erste, was sie tun müssen, in Syrien, im Irak und in Afghanistan für Ordnung zu sorgen. Man muss dort investieren, Unternehmen entwickeln, damit die Menschen zu Hause bleiben.

Die zweite Aufgabe: Wenn wir uns schützen wollen, müssen wir zivilisierte Bedingungen an der Grenze schaffen – Dokumente prüfen, Identitäten feststellen, Integrationsprogramme einführen. Wenn das fehlt, werden die Menschen versuchen, weiterzukommen, und wir werden ständig mit Zusammenstößen konfrontiert sein.

Die Lage direkt an der Grenzlinie hat sich bereits zu einer humanitären Katastrophe ausgeweitet. Was passiert dort im Moment?

Wir haben in all der Zeit eine sehr traurige Statistik erhalten. Litauische und polnische Sicherheitskräfte haben fast hundert Leichen auf unser Territorium geworfen. Nach Angaben des Staatlichen Grenzkomitees der Republik Belarus wurden während der gesamten Migrationskrise an der Grenze zwischen Belarus und den Ländern der Europäischen Union, das heißt seit 2021, 96 Fälle des Todes von Migranten festgestellt. Und das sind nur die dokumentierten Fälle.

Unsere Nachbarn schlagen sie, einige werden getötet, andere sterben direkt an der Grenze an Unterkühlung und Hunger. Und das im 21. Jahrhundert! Wir sind gezwungen, uns mit leblosen Körpern von Migranten zu befassen, die uns einfach über den Zaun geworfen werden. Unsere Staatsanwaltschaft leitet Strafverfahren ein, aber die Verstorbenen haben oft keine Dokumente. Sie werden einfach hinter den Stacheldraht geworfen. Das ist schrecklich, unmenschlich, das erinnert an die Kriegsjahre. Ist das ein normales Niveau des zwischenstaatlichen Umgangs?

Gibt es derzeit überhaupt noch irgendwelche funktionierenden Kommunikationskanäle zu den westlichen EU-Nachbarn, um das Sterben von Menschen zu stoppen?

Leider wollen unsere westlichen Nachbarn – Polen, Litauen, Lettland – nicht mit uns zusammenarbeiten, um diese Krise zu lösen. Sie glauben aus irgendeinem Grund, dass wir bedingungslos für sie arbeiten müssen – ihre Grenzen vor diesen Migranten zu schützen. Aber entschuldigen Sie, wir stehen unter Ihren Sanktionen. Man liebt uns in Europa nicht und will uns nicht sehen, und gleichzeitig sollen wir Sie beschützen? Aus welchem Grund sollte unser Grenzschützer die Ruhe von Litauern oder Polen bewahren? Wenn die Beziehungen normal wiederhergestellt wären, könnte man über alles verhandeln. Wenn nicht, verteidigen Sie sich selbst.

Diese Migranten stellen für uns keine Bedrohung dar, sie begehen bei uns keine Verbrechen. Die Migrationssituation in unserem Land ist stabil und unter Kontrolle. Die Organe für innere Angelegenheiten wenden aktiv verwaltungsrechtliche Maßnahmen gegen

Migranten an, die die belarussischen Gesetze verletzen: Ihre Abschiebung wird durchgeführt und Einreiseverbote werden verhängt. Allein im Jahr 2025 wurden mehr als 24.000 Ausländern die Aufenthaltsgenehmigungen für die befristete und dauerhafte Niederlassung entzogen. Wegen grober Gesetzesverstöße wurde die Ausweisung von 4.860 Personen aus dem Land beschlossen (2024 waren es 5.512), und 3.885 Personen wurde die Einreise verweigert.

In den Jahren 2021 bis 2025 haben die Grenzschutzorgane 129 Kanäle illegaler Transitmigration aufgedeckt und unterbunden, 296 Organisatoren und Helfer sowie über 1.400 illegale Transitmigranten festgenommen. Die Ermittlungsbehörden haben 143 Strafverfahren wegen der Organisation illegaler Migration eingeleitet. Wegen Verletzung der Migrationsgesetzgebung wurden über 9.000 Ausländer zur administrativen Verantwortung gezogen.

Gleichzeitig sehe ich aus Ihrer eigenen Presse, dass sich die Kriminalitätssituation in Deutschland und Westeuropa stark verschlechtert hat. Ich lese Ihre Zeitungen und neige dazu zu glauben, was dort steht.

Aber wenn Sie unsere Presse lesen, wissen Sie doch, dass deutsche Medien die Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik detailliert analysieren: Über 95 Prozent der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer und Flüchtlinge begehen niemals irgendwelche Straftaten.

Natürlich hängen statistische Daten weitgehend von der Formulierung der Frage und der Methodik ab. Und es wäre ungerecht, pauschal irgendeine Bevölkerungsgruppe zu beschuldigen. Aber wenn wir speziell über Deutschland sprechen, können wir uns zumindest auf eine Äußerung des Staatssekretärs im Bundesministerium des Innern berufen, der Anfang dieses Jahres wörtlich [Folgendes](#) erklärte: „Die Zahlen sprechen für sich. Verdächtige aus dem Ausland dominieren deutlich sowohl bei den Kategorien der Gewalttaten als auch bei den schweren Sexualstraftaten – mit 43,1 Prozent beziehungsweise 39,6 Prozent.“ Und das, obwohl in der deutschen Kriminalstatistik deutsche Staatsbürger mit sogenanntem „Migrationshintergrund“ prinzipiell nicht mitgezählt werden – es geht also ausschließlich um Staatsangehörige anderer Staaten.

Über geopolitische Fehler und die Wiederaufnahme des Dialogs

Wo sehen Sie in dieser äußerst schwierigen Situation Möglichkeiten zur Wiederherstellung des Dialogs zwischen Strafverfolgungsbehörden und Diplomaten?

Unbedingt, damit muss etwas geschehen. Politiker, Diplomaten, das Militär, die Polizei und die Geheimdienste müssen Kontakte herstellen. Das ist der Bereich, in dem reale Zusammenarbeit notwendig ist! Man muss nicht die Armeen vergrößern, sondern klare Aufgaben stellen, damit die Polizei aller Länder reibungslos zusammenarbeitet. Kriminelle und Schmugglernetzwerke arbeiten hervorragend, wenn man so will, ihre horizontalen Verbindungen sind weitaus besser etabliert als auf der Linie der Diplomaten. Sie haben sich untereinander nicht zerstritten und verdienen riesiges Geld. Wir staatlichen Strukturen haben uns dagegen zerstritten. Das schadet in erster Linie der öffentlichen Sicherheit.

Wenn man sich über den Grenzkonflikt erhebt und auf die großflächige Eskalation in Europa blickt: Wo liegen Ihrer Ansicht nach die fundamentalen Ursachen für das gegenwärtige Misstrauen?

Das Problem der heutigen politischen Eliten im Westen liegt meiner Meinung nach darin, dass sie sehr kurzfristig denken. Eine Perspektive von Jahrzehnten interessiert sie nicht mehr. Und zweitens sind sie oft zu schwach und willenlos, um mutige Entscheidungen zu treffen.

Was bedeutet eine mutige Entscheidung für einen Politiker? Es ist eine Entscheidung, für die man vielleicht mit der eigenen Karriere bezahlt, die aber in langfristiger Perspektive die friedliche Entwicklung des eigenen Landes sichert. Wenn wir auf die Geschichte des Nachkriegsdeutschlands schauen, gab es dort viele solcher Führungspersonlichkeiten. Sie wurden scharf kritisiert, aber sie gingen bewusst auf eine Annäherung an die Sowjetunion und Frankreich zu. Sie wurden von dem Verständnis angetrieben, dass dies ein Prozess ist, der den deutschen Bürgern mehr bringt als ewige Feindschaft.

Glauben Sie, dass den modernen europäischen Führern genau dieser strategische Mut fehlt?

Ja. Mir scheint, dass die Mehrheit der heutigen europäischen Eliten zu schwach ist. Sie können keine starke Tat vollbringen und sagen: „Nein, so geht es nicht weiter. Wir müssen uns an einen Tisch setzen und die Beziehungen zu Russland und Belarus wiederherstellen.“ Wenn dieser Mut vorhanden wäre, hätte man auch den Konflikt in der Ukraine viel schneller beenden können.

Nehmen wir zum Beispiel den finnischen Präsidenten Alexander Stubb. Vor gar nicht allzu langer Zeit erklärte er, man werde sich mit Russland an einen Tisch setzen müssen. Obwohl er zuvor dazu aufgerufen hatte, Waffen zu liefern und bis zum letzten Mann zu kämpfen. Historische Argumente wurden bemüht. Aber zuvor, beim 50-jährigen Jubiläum der

Schlussakte von Helsinki, hatte er völlig anders gesprochen. Warum musste man ein ganzes Jahr verlieren? Wenn er damals ein starkes Signal gesendet hätte, würden wir vielleicht schon am Verhandlungstisch sitzen und der Krieg wäre vorbei.

„Die wahre Stärke eines Staates und seiner Politiker liegt darin, die Weisheit und die Fähigkeit zu besitzen, Kriege zu verhindern und zu vermeiden.“

In europäischen Hauptstädten wird derzeit aktiv über die Stärkung der Verteidigung und die Vorbereitung auf einen möglichen direkten Zusammenstoß mit dem Osten diskutiert. Wie real ist Ihrer Einschätzung nach die Gefahr eines großen Krieges in Europa?

Das ist etwas, das bei mir und vielen meiner Kollegen große Besorgnis auslöst. Früher dachte ich: „Das sind nur Worte.“ Aber heute sehe ich die reale Gefahr, dass dies bittere Realität wird. Ein neuer Krieg wird nicht nach Grenzen fragen. Belarus liegt im Zentrum Europas. Nach dem Ersten Weltkrieg war Europa mächtig, nach dem Zweiten hat es immer noch überlebt. Nach dem Dritten Weltkrieg wird nichts mehr übrig bleiben. Ganz Europa wird vom Krieg zusammengeschossen werden – wie man bei Ihnen sagt.

In der Gesellschaft entsteht der Eindruck, als sitze jeder vor dem Computer und spiele ein Spiel, das man einfach ausschalten kann. Das hat surreale Züge. Aber in der Realität betrifft es deine Familie, dein Zuhause. Die wahre Stärke eines Staates und seiner Politiker liegt darin, die Weisheit und die Fähigkeit zu besitzen, den Krieg zu verhindern. Willy Brandt hat das verstanden, weil er die Schrecken des Krieges persönlich kannte. Heute hat jedoch eine fatale Erosion des historischen Gedächtnisses stattgefunden.

Welche konkrete Alternative zur Sprache der Kriegsvorbereitungen kann Minsk anbieten? Was verstehen Sie unter dem Begriff „eurasische Sicherheit“?

Wir erfinden das Rad nicht neu. Es gibt die Prinzipien von Helsinki, die angepasst werden müssen. Seit 2023 veranstalten wir jährlich die Minsker Konferenz zur eurasischen Sicherheit und treiben die Eurasische Charta der Vielfalt und Multipolarität im 21. Jahrhundert voran.

Nur über „europäische“ Sicherheit zu sprechen, reicht heute nicht aus – Westeuropa ist geografisch klein und hat sich durch Sanktionen selbst isoliert. Wenn man jedoch Europa mit Eurasien verbindet und gemeinsame Prinzipien festlegt, wird dies ein gigantischer

Schritt zum Frieden sein. Das ist keine Abstraktion: Wir halten in Minsk die Botschaft der Ukraine offen, laden ihre Diplomaten zu allen Veranstaltungen ein, weil wir verstehen – nach der nächsten Regierung in Kiew wird man die Beziehungen wiederherstellen müssen, und das Fundament wird schon jetzt gebraucht.

Wie passt das zusammen? Einerseits werden die Wirtschaftssanktionen im Westen immer weiter verschärft, andererseits wird auf Dialog und Frieden gepocht – können die Bürger dort überhaupt auf Entspannung hoffen, solange die wirtschaftliche Daumenschraube angezogen wird?

Von dieser fatalen Praxis der Sanktionen muss endlich Abstand genommen werden. Sie bringen nichts und nützen niemandem. Aber wir werden nicht um ihre Aufhebung betteln. Am effektivsten wird es sein, wenn diejenigen, die sie verhängt haben, selbst ihre Sinnlosigkeit erkennen. Wir werden unsere Gegensanktionen in derselben Sekunde aufheben, in der die andere Seite dies tut.

Die gesamte Geopolitik gleicht heute einem Fußballspiel, bei dem jeder mit seinem eigenen Ball herumläuft und die Regeln ignoriert. Dafür zahlt der einfache europäische Bürger – mit seinen Steuern, Energierechnungen und steigenden Preisen.

„Wir sind keine wilden Barbaren“: Über persönliche Erinnerungen und die Haltung zu Europa

Herr Sekreta, bei den Regierungen in der EU schlägt Ihnen tiefes Misstrauen entgegen. Wie wollen Sie dieses Misstrauen abbauen und Ihre Friedensabsichten glaubwürdig untermauern?

Wissen Sie, am wenigsten von allem würde ich in dem Gespräch mit Ihnen banale Propaganda oder trockene Protokolldiplomatie betreiben wollen. Mir lag daran, mich mit Ihnen ganz als Mensch zu unterhalten.

Meine eigene Familiengeschichte ist eng mit diesen Tragödien verflochten: Die Schwester meiner Großmutter wurde während des Zweiten Weltkriegs zu Zwangsarbeiten nach Deutschland verschleppt. Sie durchlebte in ihrer Kindheit schwerste Prüfungen, sah Hunger und Angst, aber sie überlebte und kehrte nach Hause zurück. Solche Geschichten gibt es in sehr vielen belarussischen Familien.

Ich selbst habe heute eine 16-jährige Tochter und einen 24-jährigen Sohn. Ich kann mir nicht vorstellen, dass meine Kinder heute in einen Güterwaggon verladen und tausende

Kilometer weit weggebracht werden.

Und trotz alledem stehen wir den Deutschen, Ihrer Kultur, Ihren Dichtern bis heute mit enormer Sympathie gegenüber. Wir lernen die deutsche Sprache, singen Lieder, hören Musik. Mein Sohn lernte an der Willy-Brandt-Schule in Warschau und spielte dort in einer Fußballmannschaft, in der Deutsche, Ukrainer, Russen, Belarussen und Amerikaner gemeinsam waren. Und dort gab es nicht einen einzigen nationalen Konflikt.

Wir sind keine wilden Barbaren. Wir sind in der Lage, das Schöne zu schätzen und verstehen sehr gut, wie die Welt funktioniert. Das Einzige, was wir wollen – dass man uns mit demselben Respekt behandelt. Dafür muss man einfach die Kraft finden, innezuhalten, sich gegenseitig in die Augen zu schauen und anfangen, menschlich miteinander zu reden.

Titelbild: Außenministerium von Belarus